Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Petra Kolbe
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied BASU-Fraktion

Grundmandat Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied FW-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied "Die Linke"

beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Stellv. Fachbereichsleiter Peter Albers
Volker Osterkamp (GAQ)

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Gäste

Frau Weber (Sparkasse)
Herr Hennecke (Sparkasse)

Zuhörer im öffentlichen Teil:

1 Mitarbeiterin der Wilhelmshavener Zeitung
2 ZuhörerInnen

Es fehlte entschuldigt

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
2	Feststellung der Tagesordnung
3	Pflichtenbelehrung und Verpflichtung der nicht dem Rat der Stadt angehörenden Mitglieder
4	Mitteilungen und Anfragen
4.1	Pfändungsschutz für Kontoguthaben und Verrechnungsschutz für Sozialleistungen und Kindergeld (Frau Weber, Sparkasse Wilhelmshaven)
4.2	Darstellung des Fachbereiches Soziales
4.3	Darstellung des Fachbereiches Gesundheit (Gesundheitsamt)
4.4	Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 31.08.2011 (s. Anlage)
4.5	Sachstand zu den Kosten der Unterkunft
4.6	Sachstand zur "Bürgerarbeit" (Herr Osterkamp)
4.7	Termine
5.1	Jugendzahnärztlicher Dienst
5.2	nächste Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt, nachdem der TOP 4.6 aus organisatorischen Gründen einstimmig auf TOP 4.1 vorgezogen wurde.

3 Pflichtenbelehrung und Verpflichtung der nicht dem Rat der Stadt angehörenden Mitglieder

*Herr Reese verpflichtete die nicht dem Rat der Stadt angehörigen Mitglieder des Ausschusses, die **Herren Kaluza** und **Stasch**, sowie **Frau Meyer-Machtemes**, gemäß § 60 NKomVG durch Handschlag, die Aufgaben des Ausschusses nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Besonders wies er dabei auf die Bestimmungen der §§ 40 - 42 NKomVG (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht) sowie auf § 30 der Abgabenordnung (Steuergeheimnis) hin. Die entsprechenden Gesetzestexte wurden übergeben.*

*Ferner erklärte **Herr Reese**, dass diese Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG aktenkundig zu machen sei, was durch Aufnahme in diese Niederschrift geschehe.*

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Pfändungsschutz für Kontoguthaben und Verrechnungsschutz für Sozialleistungen und Kindergeld (Frau Weber, Sparkasse Wilhelmshaven)

Frau Weber und Herr Hennecke von der Sparkasse Wilhelmshaven referierten über das Thema „Pfändungsschutzkonto“ (s. Anlage).
Sie erklärten, dass sämtliche KundInnen der Sparkasse im Sommer (gemäß der gesetzlichen Verpflichtung) über die Neuregelungen informiert worden seien. In den letzten Wochen habe man darüber hinaus erneut ca. 150 Personen mit aktiven Pfändungen unter Hinweis auf die Umwandlungsmöglichkeit ihrer Konten angeschrieben. Alle KundInnen mit neuen aktiven Pfändungen würden ebenfalls auf die Änderungen aufmerksam gemacht. Umwandlungen seien bisher in ca. 40 % der gepfändeten Konten erfolgt.
Auf Frage von Herrn Walpurgis erklärte Herr Hennecke, dass es rechtlich unzulässig sei, die Umwandlung für zusätzliche Gebühren zu nutzen. Die Kosten für das Konto selbst seien mit 7,90 € trotz des hohen Verwaltungsaufwandes aus seiner Sicht moderat.

4.2 Darstellung des Fachbereiches Soziales

Herr Sieberns und Herr Albers stellten den Fachbereich anhand einer Power-Point-Präsentation vor (s. Anlage) und gingen dabei auch auf die Produktberichte ein.
Herr Stoffers informierte ergänzend, dass der Gesamthaushalt mit einem Ausgabevolumen in Höhe von 202 Mio. € beraten wurde, wobei 92 Mio. € auf den Bereich Soziales und Jugend entfielen. Da es sich zu einem großen Teil um Pflichtausgaben handele, sei die Realisierung von Einsparungen hier sehr schwierig.
Herr Albers ergänzte, dass man z. B. in der Eingliederungshilfe durch eine

Intensivierung der Hilfeplanung die notwendigen Unterstützungen zielgenauer einsetzen werde.
Im Bereich der Hilfe zur Pflege sei man an die Gutachten des „Medizinischen Dienstes der Krankenkassen“ gebunden.
Grundsätzlichen hätten die ambulanten Hilfen Vorrang vor stationären Hilfen.
Dabei seien die Leistungen abhängig von Einkommen und Vermögen.
Die Leistungen der Pflegeversicherung und das eigene Einkommen reichten jedoch oftmals nicht für die Abdeckung von Heimkosten aus. Diese Finanzierungslücke müsse durch soziale Leistungen geschlossen werden.
Herr Sieberns ergänzte auf Nachfrage, dass sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften in den letzten Monaten verringert hätten.
Herr Stoffers informierte auf Nachfrage, dass die Wiederbesetzung der Stelle von Frau Janss (Migrationsberatung) im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes geprüft werde. Die Umsetzung des Konzeptes sei im Jugendhilfeausschuss beantragt worden.

4.3 Darstellung des Fachbereiches Gesundheit (Gesundheitsamt)

Herr Dr. Rübsamen stellte den Fachbereich53 und die gesetzlichen Grundlagen vor (sh. Anlage).
Einnahmen seien ausschließlich beim Infektionsschutz und Gutachterwesen zu verzeichnen. Herr Dr. Rübsamen erläuterte auch die Produktberichte.
Auf Nachfrage von Herrn Walpurgis erklärte Herr Dr. Rübsamen, dass im Falle einer Pandemie ein Infektionsalarmplan mit Eskalationsstufen bestehe.
Frau Kolbe fragte nach, ob die Absolvierung der sog. U-Untersuchungen für Kinder vom Gesundheitsamt überprüft werden könne, da oftmals Kinder nicht vorgestellt würden.
Herr Dr. Rübsamen antwortete, dass das Land dieses Problem erkannt habe. Das Jugendamt erhalte Listen mit den fehlenden Kindern. Diese würden mit Hilfe der Einwohnermeldedaten und dem Jugendamt ermittelt.

4.4 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 31.08.2011 (s. Anlage)

Die Produktberichte wurden bereits bei den Tagesordnungspunkten 4.2 und 4.3 behandelt.

4.5 Sachstand zu den Kosten der Unterkunft

Herr Sieberns erklärte, dass die Miethöchstbeträge, die auf Berechnungen des IWU-Institutes basieren, für die Zeit ab 2012 neu ermittelt würden. Das IWU-Institut habe dazu einen erneuten Auftrag erhalten, um die neuen Miethöchstbeträge nach den anerkannten Methoden zu berechnen. Sollten die neuen Beträge wegen der aufwändigen Berechnung nicht bis zum Ende des Jahres vorliegen, sei eine rückwirkende Anpassung ab 01.01.2012 beabsichtigt.

Die Zulassung einer Fragestellung der Öffentlichkeit wurde vom Ausschuss mit 5 Gegenstimmen abgelehnt.

4.6 Sachstand zur "Bürgerarbeit" (Herr Osterkamp)

Herr Osterkamp informierte über die 4 Phasen der Einführung der Bürgerarbeit – genaue Erläuterung sh. Protokoll vom 27.01.2011 / Nr. 01/2011, TOP 4.4.
Ziel des Programmes „Bürgerarbeit“ sei die zusätzliche Integration in Arbeit.

Seit 01.08.2010 habe man 292 Personen in Arbeit integriert (auch geringfügig Beschäftigte), davon 227 Personen in einem Alter von über 25 Jahren.
Insgesamt seien so monatlich ca. 10.000 € Kosten der Unterkunft gespart worden.
Zur verstärkten bewerberorientierten Vermittlung seien 2 Jobcoaches bei der GAQ eingestellt worden (einer für die Personen über 25 Jahre, einer für die Personen unter 25 Jahre). Im Jahre 2011 seien so 95 Integrationen zusätzlich erfolgt.
Ursprüngliches Ziel der Bürgerarbeit war, 100 Personen (80 bei der Stadt, 20 bei anderen Einrichtungen) in sozialversicherungspflichte Beschäftigungsverhältnisse, die zusätzlich und im öffentlichen Interesse sind, zu vermitteln.

Die Problematik der Bewilligung durch das Bundesverwaltungsamt wurde bereits in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 26.05.2011 (Protokoll Nr. 4/2011, TOP 4.2) erläutert.

Man habe sich mit den Fachbereichen zusammengesetzt und Einsatzbereiche für die Bürgerarbeiter festgelegt.

Die Daten zu den Beschäftigungsverhältnissen sind der Anlage zu entnehmen.
Die Stadt zahle eine Vergütung nach TVöD für 20 bzw. 30 Wochenstunden.
Das Bundesverwaltungsamt gewähre einen Zuschuss von 1.080,- € bei einer Beschäftigung mit 30 Wochenstunden.

Abschließend stellte Herr Osterkamp fest, dass die Bürgerarbeit als Ziel verfolge, mit Hilfe von Jobcoaches eine langfristige Vermittlung in den Arbeitsmarkt zu realisieren.

4.7 Termine

Herr Sieberns wies auf die in der Anlage genannten Termine hin.

5.1 Jugendzahnärztlicher Dienst

Herr Dr. Rübsamen teilte mit, dass die Ärztin des Jugendzahnärztlichen Dienstes schwanger sei. Die Ausschreibung für eine Wiederbesetzung für die Dauer der Elternzeit sei inzwischen erfolgt. Im Dezember würden die Auswahlgespräche geführt. Bis zur Entscheidung über die Besetzung der Stelle würden die Untersuchungen zurückgestellt.

5.2 Nächste Sitzung

Herr Möhle bat darum, die nächste Sitzung beim St. Willehad-Hospital stattfinden zu lassen, um sich über den Stand der Bauarbeiten zu informieren. Außerdem wünsche er in einer der nächsten Sitzungen eine Information über die Arbeit des Beratungs- und Prüfdienstes des Fachbereiches Soziales.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.